16.11. 1916

## Preußisches Abgeordnefenhaus und auswärtige Volitit.

N Berlin, 15. März. (Prin-Tel.) Der Staatshaushalis-ausschuß des Abgeordnetenhauses hat sich heute sehr eingehend mit der Frage besaft, ob das Abgeord netenhaus sür die Behandlung der aus wärtigen Politit des deut-schen Reiches zuständig sei. Die Erörterungen, die für der-traulich erstärt wurden, waren so ausgedehnt, daß sogar die Plemarsthung mit Riddicht auf diese Kommissionsberatung verschoden werden mußte. Ueber das Ergebnis der Erörte-rungen wird solgender amtlicher Bericht witgeteilt: rungen wird folgender amtlicher Bericht mitgeteilt:

verschoben werben mußte. Neber das Ergebnis der Erörterungen wird solgender amtlicher Bericht mitgeteilt:

Die verstärfte Hausdalfs-Kommission des Mbgeordnetenkauses beriet beute über das Schreiben des Meichsfanzlers und Präsidenten des Kinglichen Staatsministeriums an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses vom 12. Februar 1916, betreffend die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fraach durch das Abgeordnetenhaus. Der Berichterstatter Abg. Dr. Frm er begründete in seinem Neserat die Zuständigstit des Ikgeordnetenhauses sin die Erörterung auswärtiger Fragen und beautragte, solgenden Bescholuk, zu sassen:

"Das Haus der Abgeordneten hält gegenüber der in dem Schreiben des Kräsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar 1918 vertretenen Aussicht auszusprechen und im auswärtigen Fragen seine Ansiglienen Staatsresierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansiglienen Staatsresierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansiglienen Staatsresierung auch im Ausstunft über die Stellung der preuhischen Mitglieder des Bundesrates in solchen Fragen zu ersuchen."

Dazu war aus der Kommission ab ändern die geben: "und um Kustunst über ihre Stellung im Bundesrate in dieser Frage zu ersuchen."

Demaggenüber war aus der Witte der Kommission dem schrebsen des Hern Kinstunst über ihre Stellung im Bundesrate in dieser Frage zu ersuchen."

Demaggenüber war aus der Witte der Kommission beantragt: "Die Kommission wolle beschliehen: die in dem Schrebsen des Hern Krörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reichs durch die kiersider in der Plenarsidung vom 16. Febr. gemachten Bemerkungen des Hern Fräsidenten sin der Früster Frage der Zuständigseit des preußischen sin erste des Reichs durch die Erstären der Schreiber in der Plenarsidung vom 16. Febr. gemachten Bemerkungen des Hern Kräsiden milse, dagegen gegen die Mundahme des anderneit gestellten Instages, die Sache durch die Erstärung des Bräsidenten sin erslären, Bedensen nicht dabe.

Der sehtgenannte Antrages, die Sache durch die Erstären Der sehtschanitet Antra g wurde von der eberör

Der letztgenannte Antrag wurde von der Kommission gegen vier Stimmen abgelehnt und darauf der abgeäns derte Antrag des Berickterstatters in solgender Fassung mit 23

gegen 5 Stimmen angenonmen:

Das haus der Mogeordneten hält gegenüber der in dem
Tas haus der Mogeordneten hält gegenüber der in dem
Tas haus der Mogeordneten hält gegenüber der in dem
Tedreiben des Kräfidenten des Staatsminiperiums vom 12.
Jebruar 1916 vertretenen Anssalang an seinem verfasfungsmähigen Rechte seit, der königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrate
in dieser Frage zu ersuchen.

Durch dieser Frage zu ersuchen.

Durch dieser Beschluß, den der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses mit der zu erwartenden Mehrheit gesaßt hat, wird die Streitfrage nicht beigelegt eigt denn dagegen hat der Reichskanzler nicht protestiert, daß sich der Ansschuße des Abgeordnetenhauses in seinen vertrauslichen Beratungen mit den Fragen der auswächzen Palitik besaßt hat, im Gegenteil, in der Antwort des Reichskanzlers an den Prössenten des Abgeordnetenhauses wurde ausdrücklich gesagt, es sei erklärlich, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses in so ernster Zeit die alse Deutschen bewegenden Fragen des Krieges und der auswärfigen Politik vertrauslich erörtert habe. Der Reichskanzier hat sich nur dasge gen gewandt, duß durch die erfolgte Verdsfehre der Sindruck erweckt werden umpte, als habe die Kommission eine Ein wirkung auf Fragen der auswörfigen Politier it und auf die Anwendung bestimmter Ariegsmittel ses war ein uneingeschränkter und vall wirksamer Velvotskrieg gegen England berlangt worden) ausüben wolle. Das hat der

cin uneingeschränkter und vall wirksamer U-Bootskrieg gegen England verlangt worden) ausüben wolle. Das hat der Reichskanzler als eine Ueberschreit ung der Kompetenzeitung eine Ueberschreitung der Kompetenzeitung ein Aussichuß ja nur ein Organ des Hauses ist und nur diesem Borschläge zu machen hat. Die "Kreuzzeitung" wirft nun heute Abend die Frage aus, od es nicht besser gewesen wäre, die Einmütigkeit des Deutschen Bolles nicht durch die Erörterungen einer staatsrechtlichen Meinungsverschiedenheit zu stören, und ob man nicht besser daran getan hätte, die sachliche Erörterung unter omndsählicher Rechtsverwahrung dis nach dem Kriege zu vertagen. Darin können wir dem konservativen Organ nur zustimmen, aber wir wollen doch darauf auswerksam nachen, vertagen. Darin tonnen wir vem ibnjetbuttoen Digut nat zustimmen, aber wir wollen doch darauf aufmerksam machen, daß nicht der Reichskanzler es gewesen ist, der diesen Mei-nungsstreit herborgerusen hat, sondern daß dieser der an-I a fit worden ist durch die entgegen der ursprünglichen Bereinbarung in der Rommiffion nachträglich wohl aus perfonlichen und parteipolitischen Erunden veranlagte Beroffentlichung bes sich in der Tendeng gegen ben Reichstangler richtenden Beichluffes bes Musichuffes.